

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Selbstmordattentat auf Gerichtskomplex in Islamabad

Nach Polizeiangaben haben zwischen vier und sechs Attentäter am Morgen des 3. März 2014 gegen 9 Uhr Ortszeit den Komplex des Distrikt-Gerichts in der Hauptstadt Islamabad gestürmt, dabei Handgranaten ausgelöst und in die Menge geschossen. Mindestens elf Menschen kamen ums Leben – darunter ein Richter, ein Polizist und zwei Anwälte. Zwei der Attentäter sprengten sich nach einem rund halbstündigen Schusswechsel mit der Polizei in die Luft. Dieses Attentat gilt als das schwerste in der Hauptstadt seit der Explosion vor dem Marriott-Hotel im Herbst 2008. Es galt einem Stadtviertel in dem neben dem Gerichtskomplex überwiegend wohlhabende Pakistaner und Ausländer leben, darunter prominente Politiker. Die pakistanische Menschenrechtskommission verurteilte in einer Pressemitteilung diesen Anschlag und beklagte, dass die Hauptstadt nicht vor diesen geschützt werden könne. Dass Terroristen somit wiederholte Warnungen wahr machen konnten, lasse das Vertrauen der pakistanischen Bevölkerung in den staatlichen Schutz weiter sinken. Vom pakistanischen Taliban-Netzwerk TTP (*Tehrik-i-Taliban*) wurde die Verantwortung für dieses Attentat bestritten. Ein Sprecher aus dem Büro des Premierministers schloss nicht aus, dass mit dieser Bluttat die von der Regierung aufgenommenen Friedensbemühungen gegenüber den Taliban sabotiert werden sollten.

Harter Kurs – Friedensgespräche zwischen Regierung und Taliban durch Militäroffensive unterbrochen

Mitte Februar 2014 setzte die Regierung Pakistans die kurz zuvor mit den Taliban vereinbarten Friedensgespräche aus, nachdem die TTP (*Tehrik-i-Taliban*) 23 der im Jahr 2010 entführten Soldaten getötet hatte – der TTP zufolge ein Racheakt für Taliban-Kämpfer, die im Regierungsgewahrsam umgekommen seien. Darauf antwortete die Armee zunächst mit Luftangriffen. Dabei sollen nach Presseberichten mehr als 120 Extremisten umgekommen und ein Trainingslager zerstört worden sein. Premierminister Nawaz Sharif plant nach Presseberichten auch den Einsatz von Bodentruppen gegen die Taliban-Hochburgen in den Stammesgebieten, wenn die TTP ihre Gewalt nicht vorbehaltlos aufgeben werde. Laut der Tages-

zeitung *Dawn* hat das Kabinett einen Sicherheitsplan beschlossen, der die Lage in den Stammesgebieten als existenzielle Bedrohung Pakistans interpretiert. Zu Beginn der Friedensgespräche hatten die USA laut *Washington Post* auf Bitten der Sharif-Regierung zugesagt, die Drohnenangriffe in den Stammesgebieten zu reduzieren. Danach sei der letzte Drohnenangriff, bei dem der Taliban-Anführer Hakimullah Mehsud getötet wurde (vgl. Südasien 2013–4), im November 2013 erfolgt.

Drei Deutsche unter getöteten Dschihadisten?

Ende Januar 2014 wurden bei Luftangriffen der pakistanischen Luftwaffe in Nord-Waziristan mindestens 50 Menschen getötet, drei davon hatten laut inoffiziellen Militärquellen einen deutschen Pass, 33 gelten als Usbeken. Nach Berichten auf „Spiegel online“ halten sich mindestens 43 deutsche Dschihadisten – Konvertiten sowie Deutsche mit Familienbeziehungen zu islamischen Ländern – in den Stammesgebieten auf. Die Angriffe werden als Vergeltungsangriffe kommentiert, nachdem am Tag zuvor ein Selbstmordattentäter sich unmittelbar vor dem Armeehauptquartier in Rawalpindi in die Luft sprengte und dabei mindestens 14 Menschen tötete, darunter sechs Soldaten und drei Schüler. Am gleichen Tag starben in Bannu 22 Soldaten durch eine Explosion. Ziel der Luftangriffe war nach Presseberichten unter anderem das Haus des Talibanführers Adnan Rashid, welcher 2013 einen offenen Brief zur Rechtfertigung des Anschlages auf Malala Yousufzai veröffentlichte. Rashid war nach dem Attentat auf Präsident Musharraf von 2003 zum Tode verurteilt, jedoch 2012 durch Taliban-Angreifer aus dem Gefängnis befreit worden. Über das Schicksal von Adnan Rashid nach dem Luftangriff wurde nichts bekannt gegeben.

Regierungsentschädigung für Familie eines Märtyrers

An die Familie des 15-jährigen Aitizaz Hasan, der am 6. Januar 2014 einen Selbstmordanschlag auf seine Schule vereitelte, indem er sich auf den Selbstmordattentäter warf und mit diesem starb, zahlte die pakistanische Regierung eine Entschädigung in Höhe von fünf Millionen Rupien (knapp 36.000 Euro). Ein Polizeisprecher sagte, dass durch Aitizaz Hasans heldenhafte Tat das Leben der rund 2000 Schüler seiner

Schule verschont geblieben sei. Die Ankündigung dieser Entschädigung sowie posthum die Verleihung des höchsten zivilen Ordens *Sitara-e-Shujaat* erfolgte nach tagelangem Schweigen offizieller Stellen erst aufgrund öffentlicher Kritik. Ebenso reagierte die Provinzregierung von Khyber-Pakhtunkhwa erst spät und auf öffentlichen Druck, unter anderem mit der Ankündigung, die Schule Hasans in „Märtyrer-Aitizaz-Hasan-Schule“ umzubenennen. In Pressekommentaren wurden diese und weitere Ankündigungen von Politikern und Offiziellen als unredliches Ablenkungsmanöver kritisiert. Es sei ein Skandal, dass der Staat seine Bürger nicht schützen könne.

Leiter der Anti-Terror-Polizeieinheit in Karachi ermordet

Mitte Januar 2014 wurde der Anti-Terror-Chef der Polizei Karachis, Chaudhry Aslam, durch ein Autobombe der Taliban getötet. Zuvor hatte der landesweit bekannte Chaudhry Aslam mindestens neun Anschläge überlebt. Nach Presseberichten zerfetzte die Bombe mit rund 200 Kilogramm Sprengstoff sein Auto. Aslam, sein Fahrer und ein Leibwächter kamen ums Leben, 14 Begleiter im Konvoi wurden verletzt. Auf den Polizisten Chaudhry Aslam gehen die Verhaftungen zahlreicher Krimineller wie auch von Terroristen zurück. Er galt aber auch als rücksichtslos und kaltblütig und wurde 2006 wegen der angeblichen Tötung eines Unschuldigen für eineinhalb Jahre in Haft genommen, jedoch später nach einem von ihm beantragten Revisionsverfahren frei gesprochen. Die pakistanischen Taliban bekannten sich unmittelbar nach dem Anschlag dazu und feierten sich für den Erfolg der lang geplanten Tat. Drei Jahre zuvor hatten sie Chaudhry Aslam neben weiteren Polizisten auf eine Todesliste gesetzt, da er mehrere Taliban-Kämpfer in Karachi gefoltert und getötet habe.

Grenzkrisen mit Iran

Nachdem eine pakistanisch-sunnitische Rebellengruppe Mitte Februar 2014 fünf iranische Grenzsoldaten im Grenzgebiet in ihre Gewalt gebracht hatte, drohte die iranische Regierung mit eigenen Militäroperationen auf pakistanischem Territorium. Die Rebellengruppe *Jaish al-Adl* bekannte sich zu den Entführungen. Nach Presseberichten wurden die fünf Iraner als Geiseln nach Pakistan verschleppt. Bereits im Oktober 2013 hatten Kämpfer der *Jaish al-Adl* mehr als ein Dutzend iranische Grenzsoldaten getötet. Bitten Teherans an Islamabad um Aufklärung dieses Falles blieben bislang ergebnislos.

Frauenrechte

Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2014 forderte die Menschenrechtskommission Pakistans substanzielle Schritte zur Realisierung der Frauenrechte und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu unternehmen. Öffentliche Zeremonien und Bekennnisse allein genügten nicht. Die aktuelle Benachteiligung von Mädchen und Frauen führt die Kommission auf politische Versäumnisse zurück. So wurden wichtige Gesetzesinitiativen nicht oder nur verspätet aufgegriffen und umgesetzt, wie etwa das Gesetz gegen die Kinderverheiratung. Für die Menschenrechtskommission kann die Lage der Frauen nur verbessert werden, wenn das Recht auf Bildung, Berufsausübung und Gleichberechtigung durchgesetzt wird. So proklamiert die Kommission die Umsetzung des diesjährigen globalen Mottos „Gleichberechtigung für Frauen ist Fortschritt für alle“. Nur so könnte auch ein Fortschritt in Richtung der Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden.

Apartheid bei Restaurantbesuchen?

Nach einem Spiegel-Bericht führte die Eröffnung eines französischen Restaurants in Islamabad zu einem Sturm der Empörung in den „Sozialen Medien“. Ein Kolumnist des *Dawn* hatte sich zuvor beklagt, dass er im neu eröffneten Restaurant *La Maison* als Pakistaner keinen Einlass bekomme, da dort auch Alkohol ausgeschenkt wird. „Pakistaner sollen servieren, aber nicht bedient werden“, so ein Zitat im Spiegel. Der französische Besitzer rechtfertigte diese Handhabung mit dem pakistanischen Recht und der 1977 von Zulfikar Ali Bhutto eingeführten Prohibition. Davon sind einzig Nichtmuslime und Ausländer befreit. In Zukunft soll das Restaurant jedoch zu einem privaten Club erklärt werden, zu dem einzig registrierte Mitglieder und ihre Gäste – ohne Vorlage ihres Passes – Zugang haben werden, analog zu bestehenden Clubs im Diplomatenviertel. Der Restaurantbesitzer lebt schon einige Jahre in Pakistan und betreibt einen Import von Alkoholika, welche legal an Hotels und Ausländer mit einer Sondergenehmigung verkauft werden dürfen. Darüber hinaus ist das „trockene“ Land Pakistan für seinen Schwarzmarkt für Alkohol bekannt, der vor allem in Kreisen der Mittel- und Oberschicht konsumiert wird.

Menschenrechtsseminar fordert ein Ende der religiös basierten Gewalt

An einem Seminar der *International Federation for Human Rights* mit der *Human Rights Commission*

of Pakistan Ende Januar 2014 nahmen Vertreter der religiösen Minderheiten sowie kleiner muslimischer Gruppen teil und forderten dringend Schritte gegen Gewalt, Diskriminierung und Marginalisierung aus religiösen Motiven. Die Teilnehmer beklagten zudem, dass die Regierung wichtige internationale Gesetze zum Schutz der Bürgerrechte nicht ratifiziert habe. Ferner wurde kritisiert, dass der Missbrauch des Blasphemiegesetzes weiterhin toleriert werde. Für Sikhs und Hindus gelten weiterhin separate Gesetze, und Ahmadis werden in gesonderten Wählerverzeichnissen aufgeführt. Letztlich drohe auch die verbreitete religiös motivierte Gewalt zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Problem zu werden, von dem vor allem progressive Gesellschaftsgruppen betroffen seien.

Ursachenforschung städtischer Gewalt: *International Crisis Group-Bericht*

Mit dem Ende Januar 2014 vorgelegten Bericht *Policing Urban Violence in Pakistan* analysiert die *International Crisis Group* die Ursachen der Gewalt Kriminalität sowie der sogenannten *Jihadi*-Gruppen in den vier Provinzhauptstädten Karachi, Quetta, Lahore und Peshawar. Die zunehmende Gewalt erodiere die innenpolitische Stabilität sowie das Vertrauen in die Regierung und die Staatsgewalt und deren Bereitschaft und Fähigkeit, die öffentliche Ordnung sicherzustellen. Neben politischen, ethnischen, religiösen sowie wirtschaftlichen Spannungen ist die Gewalt laut diesem Bericht vor allem ein Produkt der schlechten Regierungsführung, falscher Sicherheitsansätze sowie der vernachlässigten Polizeireform. Diese staatliche Schwäche nutzen extremistische und kriminelle Gruppen zu ihrem Vorteil. Der Bericht schließt mit vier wesentlichen Empfehlungen: Erarbeitung eines kohärenten Konzeptes der Bundes- und Provinzregierungen für gute Regierungsführung, Stärkung der zivilen Sicherheitsdienste sowie Verbesserung der Koordination zwischen den verschiedenen Sicherheitsdiensten. Reform, Modernisierung und Stärkung der Provinzpolizeikräfte; Verbot von Spendensammlungen und anderen Mitteln zur Geldbeschaffung für militante *Jihadi*-Gruppen sowie Strafverfolgung jener in Politik und in den Sicherheitseinheiten, welche *Jihadi*-Gruppen unterstützen; Aussetzen aller Verhandlungen mit militanten Gruppen, die nicht zuvor nachvollziehbar der Gewalt abschwören und sich zur Verfassung bekennen. Laut einem Sprecher der *International Crisis Group* müsse der Staat eine Politik der Null-Toleranz gegenüber allen Formen der Militanz entwickeln und durchsetzen.

Neue Polio-Fälle im Nordwesten

Bis Mitte Februar wurden im Jahr 2014 nach Angaben der Vereinten Nationen offiziell elf neue Polio-Fälle registriert, zehn in Nord-Waziristan und einer in Bannu, im Nordwesten Pakistans. Der von den pakistanischen Taliban 2012 verkündete Bann hat mindestens 260.000 Kinder von der Schutzimpfung ausgeschlossen. Humanitäre Einrichtungen sind hierüber besorgt, da diese die Ausbreitung der Kinderlähmung auch in die aufnehmenden Regionen – wie etwa in Bannu – fördere. Aus diesem Grund betreibt der Gesundheitsdienst der Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz eine Kampagne, um rund 500.000 Kinder gegen insgesamt neun Krankheiten, darunter auch Polio, impfen zu können.

Rückkehr-Vorbereitungen in *Kurram Agency*

Für rund 4000 der im Jahr 2011 von einer Vertreibung betroffenen Familien aus 50 Dörfern in der Alisherzai Region der *Kurram Agency* wurde zu Beginn des Jahres 2014 die Vorbereitungen für die Rückkehr begonnen und zum Teil schon umgesetzt. Zunächst wurden die Dörfer offiziell als nicht mehr von der Krise betroffen erklärt. Laut Angaben der Vereinten Nationen zogen etwa 1500 Familien schon in ihre Heimatdörfer zurück, die Übrigen der rund eine Million Vertriebenen sollen im März 2014 nachrücken. Partner der Vereinten Nationen hatten zuvor Befragungen der Betroffenen durchgeführt. Demnach seien 95 Prozent der Familien generell zur Rückkehr bereit, auch wenn ein Fünftel der Häuser als zerstört gilt, ebenso wie die meisten Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Zur Finanzierung des Wiederaufbaus sowie für die Erstausrüstung der Rückkehrer mit Unterkünften, Nahrungsmitteln, Wasser und Hygieneartikeln benötigen die Hilfsorganisationen weitere Gelder. Es besteht ein Gesamtbedarf in Höhe von 282 Millionen US-Dollar, 2014 waren bis Mitte Februar nur rund 100 Millionen US-Dollar auch tatsächlich zugesagt und verfügbar.

Internationaler Tag der Muttersprache in Pakistan gewürdigt

Am 23. Februar 2014 wurde in Karachi anlässlich des weltweiten Tages der Muttersprache (jeweils am 21. Februar) das Festival der pakistanischen Muttersprachen organisiert. Dieser Gedenktag ist den bengalischen Studenten gewidmet, welche am 21. Februar 1952 von der pakistanischen Polizei getötet wurden, als sie sich in Dhaka dafür einsetzten, dass Bengali als zweite Amtssprache Pakistans zugelassen würde. Das aktuelle Festival wies darauf hin, dass auch heute die zahl-

reichen Sprachen Pakistans noch keine ausreichende Anerkennung und Förderung finden.

Winterbesteigung des Nanga Parbat abgebrochen

Ein erneuter Versuch, den 8125 Meter hohen Nanga Parbat im Nordwest-Himalaya zu besteigen, wurde Anfang März 2014 bei 7200 Metern von dem Deutschen David Göttler und den Italienern Simone Moro und Emilio Previtali wegen starker Winde von rund 70 Kilometer pro Stunde und wegen der Kälte abgebrochen. Eine zeitgleich stattfindende Gipfexpedition einer polnischen Gruppe wurde jedoch nicht abgebrochen. Sie wollte laut ihrer Website vielmehr auf eine Wetterbesserung warten und die von der deutsch-italienischen Expedition zurückgelassenen Vorräte und Fix-Seile nutzen. Zuvor hatten schon drei weitere Bergsteiger im Dezember 2013 ihre Expeditionen – darunter eine Alleinbesteigung des Nanga Parbat – aufgeben müssen.

Lohnerhöhung für Ziegeleiarbeiter angeordnet

Laut einer Pressemitteilung von laborwatchpakistan.com hat die Verwaltung im Sahiwal Distrikt, nach einer Anhörung von Vertretern und Arbeitern der Ziegeleien, mündlich die Erhöhung des Tageslohns für Ziegeleiarbeiter um 100 Rupien angeordnet. Trotz Erhöhung auf 500 Rupien bleibt der Tageslohn unter der Lohngrenze, die von der Provinzregierung des Pandschab auf 740 Rupien (rund 5 Euro) für 1000 Ziegel und acht Stunden Tagesarbeit festgesetzt wurde. Dieses Vorgehen wurde vom Direktor der *Insan Dhost Association* vehement kritisiert. Demgegenüber kündigte der Präsident der Ziegeleibesitzer-Vereinigung an, dass er seine Mitgliedsunternehmen dazu anhalten werde, diesen erhöhten Tageslohn auszusahlen. Im Sahiwal Distrikt arbeiten rund 25.000 Arbeiter in Ziegeleien, darunter geschätzt mindestens 11.000 Kinder.

Journalist Kareem Khan unter dubiosen Umständen entführt und freigelassen

Der als „Anti-Drohnen-Aktivist“ bekannte Journalist Kareem Khan wurde am 5. Februar 2014 gewaltsam aus seinem Haus in Rawalpindi verschleppt, kurz bevor er zu einer geplanten Europareise aufbrechen wollte. Zweck seiner Reise war unter anderem ein Treffen mit Abgeordneten des Bundestages sowie mit Parlamentariern in den Niederlanden und Großbritannien. Kareem Khan tritt öffentlich für die zivilen Drohnenopfer in den Stammesgebieten Pakistans ein und ist weltweit

bekannt. Nach Presseberichten drangen 20 Männer, darunter acht in Polizeiuniformen, in sein Haus ein. Jedoch dementierten Sprecher der Sicherheitskräfte, dass Kareem Khan verhaftet worden sei, vielmehr lägen ihnen keine Informationen über seinen Aufenthaltsort vor. Etwa eine Woche nach der Entführung wurde Kareem Khan in der Nähe Rawalpindis auf der Straße ausgesetzt. Laut Informationen der britischen Menschenrechtsorganisation *Reprieve* wurde Kahn mehrere Tage in Ketten gelegt und gefoltert, zudem sei vor Medienkontakten gewarnt worden. Kareem Khans Bruder und einer seiner Söhne wurden im Dezember 2009 Opfer eines US-Drohnenangriffs in Waziristan. Seither tritt er als Stimme der Drohnenopfer auf. Nach Presseberichten enttarnte Kahn 2010 den CIA-Chef in Islamabad durch eine Anklage gegen ihn. Daraufhin zogen die USA ihren CIA-Chef aus Pakistan ab. So schließen Kommentatoren nicht aus, dass der US-Auslandsgeheimdienst CIA, welcher für die US-Drohnenangriffe zuständig ist, an Khans Entführung beteiligt gewesen sein kann. Kareem Khan führte seine Freilassung auf seine Popularität und vor allem auf die Bemühungen anderer um Aufklärung seines Entführungsfalles zurück. Laut seinem Anwalt seien ungeklärte Entführungen in Pakistan mittlerweile an der Tagesordnung. Kareem Khan trat seine Europareise dann mit Verspätung an.

Anschlag auf drei Gas-Pipelines im Südpandschab

Bei Anschlägen der *Beluchistan Republican Army* (BRA) auf die drei wichtigsten Gas-Fernpipelines im südlichen Pandschab wurde Mitte Februar 2014 die Gasversorgung für mehrere Millionen Menschen für längere Zeit unterbrochen. Nach BBC-Meldungen kam eine Frau bei den Vorfällen ums Leben. Dieser Anschlag gilt als der erste simultane Anschlag auf die drei wichtigsten Gas-Fernpipelines. Nach einem BRA-Sprecher wurde dieser Anschlag zur Vergeltung von Angriffen der Sicherheitskräfte auf die Separatisten verübt. Die BRA setzt sich für eine Abspaltung der Provinz Beluchistan ein.

General Raheel Sharif zum neuen Armeechef ernannt

Ende November 2013 ernannte Premierminister Nawaz Sharif den nicht mit ihm verwandten General der Infanterie Raheel Sharif zum Armeechef und damit zum Nachfolger von General Ashfaq Parvey Kayani. General Raheel Sharif ist nach Presseberichten dafür bekannt, dass er neben dem Konflikt mit Indien auch die Beobachtung islamistischer Gruppen als Aufgabe der Armee ansieht.